Sonnabend, 13. September 1924 | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 437 (Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.)

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Kriegsschulddebatte in Frankreich.

„Der Wappenspruch der Feigen."

Victor Margueritte für den Mut der Wahrheit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 13. September.

Die Diskussion über die Schuldfrage braucht nicht mehr durch eine deutsche Proklamation eröffnet zu werden; sie hat bereits von neuem begonnen, wenigstens in der Pariser Presse. Die meisten Zeitungen machen sich die Arbeit leicht und erklären ohne weitere Untersuchung: Es gibt keine Debatte mehr; nach dem Vertrag von Versailles hat der Schuldige bekannt und das Urteil ist gesprochen. Das ist die Meinung des „Temps", der in seinem Leitartikel mit auffallender Schärfe gegen die Reichsregierung zu Felde zieht. Aehnlich wie der „Temps" haben sich aber auch radikale Zeitungen geäußert, von denen man eine bessere Einsicht hätte erwarten dürfen. Aber es gibt unter Gegnern und Freunden der Versöhnung auch einige, die mit ihrem Gewissen nicht so schnell fertig werden können. Vor zwei Tagen erklärte Gauvain, der kein Freund Deutschlands ist, daß es im Interesse Frankreichs liege, eine neue Untersuchung der Schuldfrage in aller Oeffentlichkeit nicht zu verhindern. Heute fertigt in einem glänzend geschriebenen Artikel der „Ere Nouvelle" Victor Margueritte die Politiker ab, die über Fragen der Geschichte nichts anderes zu sagen wissen als „Das Urteil ist gesprochen". Margueritte schreibt:

„Es gibt keine neuen Tatsachen? **Wer kann die Dokumente aus den deutschen und den russischen Archiven verschweigen, besonders die fruchtbaren Korrespondenzen Isswolskis?** Seit diese Berichte veröffentlicht worden sind, hat jeder Historiker die Pflicht, zu ihnen Stellung zu nehmen. Jeder ehrliche Mensch, jedes Volk muß sich zu seiner Meinung bekennen. Diese Gewissensfrage muß aber besonders stark der französische Historiker empfinden. Es ist traurig, daß kein Franzose das erste Wort in diesem großen Prozeß gesprochen hat, denn der Prozeß geht um unsere Ehre, um unsere Sicherheit, um unsere Zukunft." Wenn Frankreich seinen alten Rufe Ehre machen wolle, dann müsse es den Mut haben, den Schleier vom Bilde der Wahrheit herabzureißen. Frankreich darf nicht die Augen schließen und sich mit dem Rausche des Sieges über die Täuschungen trösten, die es nicht anzurühren wagt. Ja, Frankreich ist unschuldig; ich schwöre es, wie Herriot es geschworen hat. Es ist unschuldig, **weil es betrogen wurde.** Keine neuen Tatsachen gibt es? Nicht die geschichtliche Literatur des letzten Jahrzehnts, die ganze Geschichte der letzten Jahrzehnte muß umgeschrieben werden, wenn man die Wahrheit finden will. Margueritte will die Verantwortlichen in Deutschland nicht entlasten. Er sagt, daß die Schuldfrage gestellt worden sei. **Deutschland hat Recht, wenn es seine Schuldlosigkeit an den Ursachen des Krieges nachweisen will. . .** Aber Deutschland hat Unrecht, wenn es sich von den Anklagen gegen die Art der Führung des Krieges zu reinigen versucht. Seine Verletzung der belgischen Neutralität kann nicht verteidigt werden, obwohl ein merkwürdiges französisches Zeugnis auch für diesen Fall besteht. Der General Buat, bis zu seinem Tode Generalstabschef der französischen Armee, hat in seinem Buche „Le Concentration Allemande" geschrieben: „Wenn der Sieg nur durch die Verletzung von Verträgen erreicht werden kann, dann fallen Verträge nicht sehr in die Wagschale. Der Sieg muß den Ausgleich bringen . . . **Die Deutschen wissen sehr gut, daß die belgische Neutralität uns ebensowenig aufhalten würde wie sie."** Auch König Albert wußte es, als er im Mai 1914 dem deutschen Militärattaché eingestand, daß er die französische Gefahr für groß halte und mit Sorge die Spionage des französischen Generalstabes auf belgischem Gebiet überwache. Auch ein englisches Urteil könnte von Deutschland zitiert werden, das in der Zeitung „The Engineer" am 25. September 1914 abgedruckt ist: „Das beste Mittel uns von der deutschen Konkurrenz zu befreien, wäre die sorgfältig überlegte und planmäßig organisierte Zerstörung aller wichtigen Fabrikanlagen und ihrer Maschinen, die unmittelbar auf die Invasion folgen müßte." Margueritte sagt mit Recht, daß solche Anschuldigungen nicht zählen. Die Rechtsauffassung des Krieges hat mit Recht keine Gemeinschaft. Er verurteilt die Methode und die Grausamkeit der deutschen Kriegführung, die Zerstörung von Loewen, die Beschießung von Reims. Margueritte schreibt: „Diese Schuld müßte das demokratische Deutschland bekennen und bereuen. Von diesen Taten muß Deutschland sich lossagen, wenn es mit erhobenem Haupt in die Gemeinschaft der Völker treten will. Das Unrecht des deutschen Imperialismus ist so groß, daß es überflüssig erscheint, zur Belastung Deutschlands auch noch das Unrecht Poincarés hinzuzufügen." Margueritte sagt, wie sein Urteil lautet: „Die Verantwortung für den Anfang des Krieges ist zu teilen, die Verantwortung für die Art der Führung ist von Deutschland zu tragen. Dies ist die Auffassung Frankreichs, wie Herriot loyal verkünden müßte. Diese Loyalität, diese Offenheit wäre auch politisch geschickt. **Wir müssen der Politik Poincarés deutlich den Rücken kehren, die uns zum Kriege geführt hat und uns zu neuen Kriegen geführt haben würde, wenn nicht das Volk am 11. Mai dem Wahnsinn ein Ende gemacht hätte.** Wir haben genug von diesen Schikanen und dieser Gier, die uns schließlich ruiniert hätten und uns vor der Welt moralisch geschädigt haben. Es ist unnötig, über vergangene Fehler und Verbrechen zu schwatzen, und der methodischen Aufklärung, der wissenschaftlichen Forschung durch tendenziöse Polemik vorzugreifen. Mag jedes Volk die Rechnung mit seinem eignen Gewissen machen und seine Schuld offen bekennen. Der Tag wird kommen . . . Aber inzwischen dürfen wir, das Volk der Menschenrechte, uns nicht hinter dem verrosteten und blutbefleckten Schild verstecken, der den **Wappenspruch der Feigen** trägt: Das Urteil ist gesprochen. Wir wollen auch nicht so kindisch sein, als Beweis für die friedfertige Gesinnung der französischen Regierung die Tatsache zu erwähnen, daß wir 1914 die Truppen zehn Kilometer von der Grenze zurückzogen, lediglich zu Verteidigungszwecken. Ein Trick der Regierung! Wer sich mit diesen Fragen ernsthaft beschäftigt hat, weiß heute genau, daß alle Vorbereitungen getroffen waren, und daß in zwei Wochen der Kampf an der Ostfront losbrechen konnte nach dem Traum Joffres: „Vorwärts und bis zum Durchbruch!" Das Urteil ist gesprochen? Jämmerlicher Hochmut! Wir müssen ernsthafter denken und weiter blicken. Das Heil und die Rettung, der Frieden der Welt kann nur erreicht werden, durch das obligatorische Schiedsgericht in seiner strengsten Form, durch die gemeinsame und gleichzeitige Abrüstung der Völker. Die verbrieften Garantien und die erkrotzten Sicherheiten sind trügerischer Triebsand, in dem die Menschheit versinkt. Die internationale Kraft im Dienste des internationalen Rechts: Das ist das Ziel. Alles andere ist Täuschung und Verwirrung."

Der Troubadour.

Von

Dr. Ernst Feder.

Im Dezember 1893 veröffentlichte der „Kladderadatsch", durch zwei Legationsräte des Auswärtigen Amtes informiert, den aufsehenerregenden Artikel über den „diplomatischen Dauerfaß", der von Austernfreund, Spätzle und Troubadour gespielt wird. Drei hochbegabte Persönlichkeiten, durch Freundschaft eng verbunden, deren Politik hinter den Kulissen spielt, damals nicht vielen sichtbar wird und erst jetzt durch zahlreiche Dokumente ans Licht gezogen ist. Baron v. Holstein, der Austernfreund, ein kulinarischer so gut wie ein literarischer Feinschmecker, Geheimrat im Auswärtigen Amt und seit Bismarcks Sturz Leiter der deutschen Außenpolitik, ist besonders durch die Veröffentlichungen Hammanns und Eckardsteins aus gewolltem Dunkel herausgeholt. Kiderlen-Wächter, den Spätzle, hat die zweibändige Publikation Jaechs genauer bekannt gemacht. Der Troubadour ist Philipp Eulenburg, des Kaisers intimster Freund, der Balladen und Skaldengesänge dichtet, komponiert, singt und spielt, und dessen Erinnerungen im vorigen Jahr erschienen sind. Alle drei spielen ihre Rolle in dem zweiten, mit zahlreichen Dokumenten versehenen Eulenburg-Buch, das jetzt der Tübinger konservative Historiker Johannes Haller vorlegt. (Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld von Johannes Haller. Berlin 1924, Gebrüder Paetel.) Nicht so reich wie der erste Band an persönlichen, nicht immer erfreulichen, nicht immer zuverlässigen Geschichtchen, beträchtlicher durch politischen und sachlichen Gehalt.

Als ein Versemter, Geächteter ist der Fürst vor fast genau drei Jahren gestorben. Der Angeklagte eines Meineidsverfahrens, in dem er bis zu seinem Tode verhandlungsunfähig blieb. Haller sieht in dem Gerichtsverfahren einen verbrecherischen Akt der Rache, zu dem sich kaiserliche Generaladjutanten mit Maximilian Harden und dem geisteskranken Verschwörer Holstein zusammengefunden hatten. Holstein, mit Eulenburg schließlich tödlich verfeindet, hatte, noch Beamter, bei dem Polizeipräsidenten v. Borries gegen den ehemaligen intimen Freund geheime Anzeige wegen Verdachts der Homosexualität gemacht. Jahre vorher schon hatte er aus verfälschten Tatsachen ein Protokoll fabriziert und zu den Akten des Auswärtigen Amts genommen, wonach Eulenburg einem erpresserischen Bademeister zum Opfer gefallen war. Er gab Harden das Material, mit dem dieser seinen Feldzug gegen die „Liebenberger Tafelrunde" führte. Aus den Tagebüchern des Fürsten, dem Zeugnis der Frau, den zwölfhundertfünfzig Folioseiten der letzten Gerichtsverhandlung, und anderen Dokumenten sucht Haller die völlige Unschuld seines Mandanten nachzuweisen. Wer den Inhalt der letzten Verhandlung nicht kennt, wird das endgültige Urteil zurückhalten. Als Eindruck des Buches bleibt, daß der Wahrheitsbeweis gelungen, ein Unschuldiger mit übler Nachrede beladen worden ist.

Wichtiger als der scheußliche Kriminalprozeß, Konrad Haußmann sagte, nie etwas Aehnliches erlebt zu haben, wie dies Verfahren im Spital, ist der Ablauf der politischen Prozesse, die der Freund des Kaisers sein Leben lang geführt hat. Der Gesandtschaftsposten an den auswärtigen Höfen ist für ihn Nebenberuf. Interessantes genug teilt er daraus mit. Die Zustände an den kleinen Höfen: in Stuttgart hat der greisenhafte König Karl ein skandalöses Verhältnis mit einem Theatermaschinisten, in München ist ein ehemaliger Theaterkassierer der unentbehrliche Vertraute des Prinzen Luitpold, desselben Luitpold, der mit der Abdankung droht, wenn man ihm den schlechten Reiter, zwingt, bei der Truppenparade neben dem Kaiser zu reiten. Die Vorgänge in Bayern, die der amüsante Plauderer und vortreffliche Beobachter beschreibt, scheinen von gestern und heute zu sein. Schwarzweißrot ist dort 1893 so verpönt, wie dreißig Jahre später Schwarzrotgold. Ein Münchener Oberlehrer schickt Wilhelm dem Zweiten patriotische Gedichte, erhält vom Kaiser Dank, von Vorgesetzten und vom bayerischen Kultusministerium eine Rüge, weil in den Versen nichts von der weißblauen Fahne steht. Kaisers Geburtstag darf auf Wunsch des Prinzregenten 1892 nicht vom Offizierskorps, nicht von der Stadt München gefeiert werden — so wie heute die Verfassungsfeier unerlaubt ist. Die königlich bayerische Vermögensverwaltung zeichnet keine Reichsanleihe, weil das Deutsche Reich keine pupillarische Sicherheit bietet. Das neue Regime in Bayern drängt „mit ebenso viel Taktlosigkeit als Geschick den Reichsgedanken" zurück, und ein Herr vom bayerischen Adel erklärt: wäre ein Krieg ausgebrochen, hätte ich nicht den Mut gehabt, zu sagen, daß wir mitgetan hätten. Wie ein paar Jahre später Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten über die preußischen Junker notiert: „Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben." Hart und gerecht ist Eulenburgs Urteil: „Wenn wir deutsche Bundesstaaten dem Ausland das erbärmliche Schauspiel geben, daß unsere Angehörigen sich beschimpfen, wie fremde Nationen, die hundertjähriger nationaler Haß trennt, so sind wir nicht wert, Deutsches Reich zu heißen." Das ist 1893 geschrieben. Auch Bismarck sagt zu dem jungen Kaiser, so erzählt dieser seinem Freund: „Mit dem Deutschen Reich ist es so so, lala, suchen Sie nur Preußen stark zu machen." Die liberalen Parteien, betont der gemäßigt konservative Eulenburg immer wieder, sind einziger Halt der Reichseinheit.

Dem preußischen Gesandten in München ist einzige Richtlinie die Förderung des Reichsgedankens. Sein Hauptberuf ist, der Freund des deutschen Kaisers zu sein. Seit 1890 war die Regierung ohne Haupt. Die Verfassung funktionierte nicht mehr. Bismarck hatte trotz ihr, nicht mit ihr,

Die gestrigen Erklärungen Dr. Stresemanns.

Reichsregierung und Kriegsschuldfrage.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir Stellung zu den Auslassungen genommen, die gestern abend in die Oeffentlichkeit lanciert wurden und den Standpunkt Dr. Stresemanns in der Frage der Kriegsschuldnote und des Eintrittes in den Völkerbund darlegen sollten. Wir wollen hier für die Leser unserer Expreßausgabe unsere Bemerkungen zu dieser Angelegenheit wiederholen:

„Wir müssen zunächst unserem Befremden darüber Ausdruck geben, daß der Außenminister Dr. Stresemann seine persönliche Ansicht über die Notifizierung der Schuldnote und über die Frage des Eintritts in den Völkerbund in einem Augenblick der Oeffentlichkeit unterbreitet, wo, nach seiner eigenen Ankündigung, eine Beschlußfassung des Reichskabinetts unmittelbar bevorsteht. Es ist im allgemeinen nicht Brauch, daß ein einzelnes Kabinettsmitglied in dieser Weise den Entscheidungen der Gesamtregierung vorzugreifen und auf die öffentliche Meinung in seinem persönlichen Sinne einzuwirken versucht. Es ist mindestens sehr fraglich, ob der Reichskanzler die Meinung seines Außenministers über die Schuldnote teilt. Auch daß Dr. Marx gegenüber dem Völkerbund dieselbe Stellung einnimmt wie Dr. Stresemann, möchten wir bis auf weiteres in Zweifel ziehen. Die Argumente, die Dr. Stresemann gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geltend macht, scheinen uns nicht stichhaltig zu sein. Wenn er sagt, daß man zu ihm in London über den Völkerbund gar nicht gesprochen habe, so vergißt er, daß schon die Verständigung über die doch behandelten Gegenstände sehr schwierig war und eine Erweiterung der Diskussion deshalb wohl nicht unbedingt zweckmäßig erschien. Was die Note zur Kriegsschuldfrage anbelangt, so bestehen die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Note bisher noch nicht notifiziert hat, unverändert fort, und sie haben sich inzwischen noch verstärkt. Es ist doch eigentlich klar, daß die Notifizierung in diesem Augenblick in jeder Beziehung nur schädlich wirken, nur — neben den deutschen — die französischen Nationalisten entzücken, nur mit einem völligen Mißerfolge enden und nur die in Deutschland für die Widerlegung der Schuldthese geleistete sachliche Arbeit auf Jahre hinaus um ihre Früchte bringen kann. Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, eine Politik mitzumachen, die gar keine Politik ist, sondern nur eine aussichtslose, zweckwidrige, für die Position Deutschlands und für die erstrebte Aufklärung der Kriegsschuldfrage absolut nachteilige Demonstration. Wir hoffen, daß das Reichskabinett einen solcher Fehler nicht begehen wird."

Diesen Sätzen möchten wir noch folgendes hinzufügen: Durch den im Auftrage Herriots unternommenen Schritt des französischen Botschafters in Berlin ist, wie hier sofort gesagt wurde, die Situation noch erheblich erschwert worden. Aber dieser Schritt, den man den Zugeständnissen an die deutschnationale Marktpolitik verdankt, konnte anders beantwortet werden als durch die Notifizierung der Note, die eine Beseitigung der Schuldthese aufhalten muß und nur den an der ernsten Arbeit gar nicht teilnehmenden „nationalen" Brüllern als eine retende Tat erscheinen kann. Wenn die Reichsregierung die Erklärungen des französischen Botschafters mit einem scharfen Protest zurückgewiesen hätte, so wären wir damit durchaus einverstanden gewesen, und wir würden auch jetzt noch damit einverstanden sein. Eine solche Zurückweisung fremder Einmischung wäre vielleicht nützlich, in der Notifizierung der Note aber könnten wir nur eine für die weitere Behandlung der Schuldfrage ebenso wie für die Gesamtpolitik schädliche Handlung sehen.

Uebrigens wird jetzt offiziös erklärt, die gestrigen Ausführungen Dr. Stresemanns seien mißverstanden worden und auch ihre Wiedergabe sei lückenhaft. Stresemann wolle die Note keineswegs jetzt notifizieren, sondern auf einen gelegenen Zeitpunkt warten, und er sei auch durchaus nicht gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sondern nur gegen den bedingungslosen Eintritt, und er erkenne die Vorteile einer deutschen Mitarbeit in Genf. Wenn das die Meinung Stresemanns ist, so ist der Sinn der gestrigen Veranstaltung, des Empfanges der Pressevertreter bei dem Reichsaußenminister, nicht ganz klar. Man kann nur, und das ist die Auffassung der gesamten Morgenpresse, konstatieren, daß gestern manches, was heute betont wird, nicht zum Ausdruck kam.

(Siehe auch Seite 3.)